

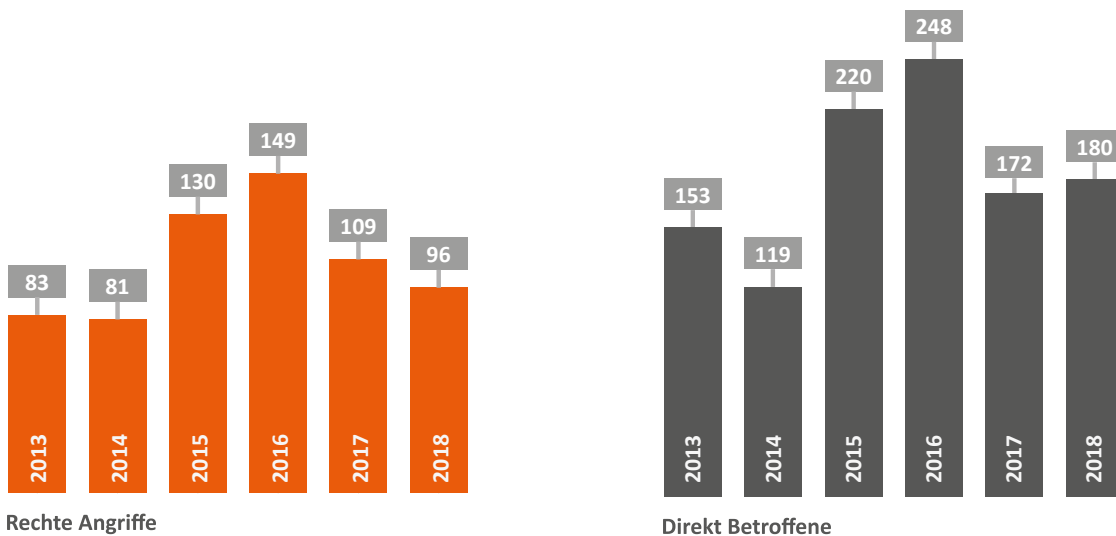
Hintergründe

Entwicklung der Angriffszahlen

Für das Jahr 2018 hat der Verein LOBBI 96 rechte Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern erfasst. Damit ist wieder ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, nachdem die Jahre 2015 und 2016 absolute Höhepunkte der Gewalt im Bundesland - seit Bestehen des Vereins - darstellten. Damals begann eine regelrechte Welle rassistischer Mobilisierung, die eine dramatische Zunahme der Gewalttaten nach sich zog. Dennoch ist die Zahl der Angriffe deutlich höher als vor 2015, so dass von einer tatsächlichen Beruhigung keine Rede sein kann.

Insgesamt waren 180 Menschen von den Angriffen direkt betroffen.

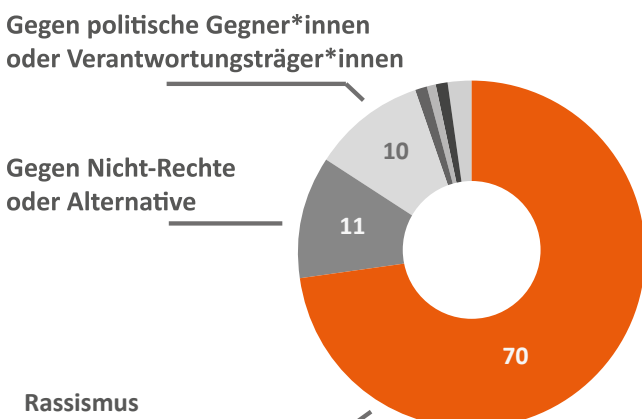
Insbesondere der Anteil an gefährlichen Körperverletzungen nahm im vergangenen Jahr weiter zu. Das bedeutet, dass die Täter*innen häufiger zu mehreren angreifen oder Gegenstände (wie Bierflaschen, Eisenketten, Messer) als Waffen einsetzen. Ein Großteil der Angriffe war auch in 2018 rassistisch motiviert (s.u.).



Tatmotivationen

Rassismus war mit 70 Angriffen im gesamten Bundesland am häufigsten das Motiv rechter Angriffe. Dieser Trend ist seit Beginn der rassistischen Mobilisierung in der zweiten Jahreshälfte 2015 sehr deutlich. Andere Betroffenenengruppen, wie Nicht-Rechte und Alternative werden zwar noch immer Ziel von Attacken, stehen jedoch nicht mehr ganz so im Fokus rechter Schläger. Auch Gewalt gegen vermeintliche politische Gegner*innen der rechten Szene spielt noch immer eine Rolle, zum Beispiel im Zusammenhang mit rechten Aufmärschen.

Für alle Betroffenenengruppen und insbesondere für weniger präsente Gruppen potenziell Betroffener muss von einer großen Dunkelziffer ausgegangen werden. So registrierte die LOBBI einen Angriff auf einen Journalisten sowie einen homophoben Angriff und eine antisemitische Gewalttat.



Delikte

Körperverletzungsdelikte bilden, wie auch in den Vorjahren, den größten Anteil der Tatbestände rechter Gewalttaten. Die LOBBI registrierte 33 einfache und 48 gefährliche Körperverletzungen in Mecklenburg-Vorpommern 2018.

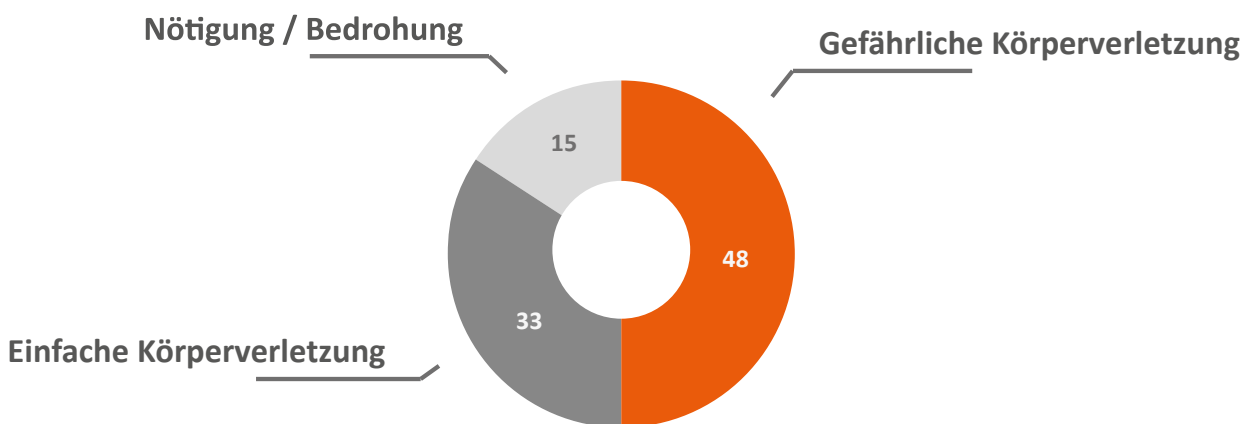
Ein Großteil der Angriffe findet augenscheinlich ungeplant und im öffentlichen Raum statt, sodass man von „Gelegenheitstaten“ sprechen kann. Wenn man einen typischen Verlauf ausmachen möchte, so ist es eine rassistische Beleidigung, irgendeine Form der Erwidern, die die Angreifer*innen zum Anlass nehmen, körperlich anzugreifen.

Der Anteil an gefährlichen Körperverletzungen nahm mit 50% in 2018 wieder zu (2016: 55%, 2017: 31%). Hinter den Zahlen verbergen sich Angriffe, bei denen mehrere Angreifer*innen in der Gruppe agierten oder ein Werkzeug, zum Beispiel eine Bierflasche als Waffe einsetzten. Besonders ins Auge fallen Attacken wie im April in Rostock, wo einem jungen Mann, der sich in einem antirassistischen Fußballverein engagiert, von mehreren Vermummten aufgelauert wurde, die anschließend auf ihn einprügelten und traten und ihm mit einem großen Stein auf den Kopf schlugen.

Wenige Wochen zuvor wurden zwei Männer von einer Gruppe vor einem Hostel rassistisch beleidigt und bedrängt. Die Rassisten bewaffneten sich mit einem Radkreuz und Ketten, die sie aus ihren Autos geholt hatten, doch die beiden Betroffenen konnten sich auf ihre Zimmer retten.

Insgesamt registrierte die LOBBI darüber hinaus 15 Fälle von massiven Bedrohungen oder Nötigungen. Massive, zielgerichtete Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen wurden dem Verein, anders als in den Vorjahren, nicht bekannt.

Auch wenn die Zahlen einen Rückgang darstellen, ist die Enthemmung und Sorglosigkeit, mit der Täter*innen teilweise auftreten äußerst besorgniserregend. Zudem ist davon auszugehen, dass sowohl bei Betroffenen selbst, als auch in der Berichterstattung Gewöhnungseffekte eingetreten sind und derlei Angriffe weniger gemeldet, bzw. bekannt gemacht werden werden – harmlos weil alltäglich. Die Betroffenen berichten so maximal noch Vertrauenspersonen oder tauschen sich innerhalb ihrer Communities oder ihres näheren sozialen Umfelds aus, jedoch nicht darüber hinaus.



Kinder als Betroffene

Nachdem Beratungsstellen in anderen Bundesländern bereits in den Vorjahren eine starke Zunahme von Angriffen, bei denen Kinder und Jugendliche betroffen waren, feststellen mussten, hat die LOBBI für das Jahr 2018 einen bemerkenswerten Anstieg zu registrieren. 32 der 180 Betroffenen waren zum Zeitpunkt des Angriffs unter 18 Jahre alt, die Hälfte von ihnen sogar unter 14.

Der Anstieg ist unter anderem ein Resultat neuer Kontakte der LOBBI zu Stellen und Netzwerken der Kinderbetreuung und -unterstützung, so dass mehr Angriffe bekannt wurden. Aufgrund der besonderen persönlichkeitsrechtlichen Situation, insbesondere im Bereich Schule, werden rassistische Angriffe auf Kinder üblicherweise nur selten öffentlich bekannt.

Die Zahlen sind aber auch ein Anzeichen einer immer weiter sinkenden Hemmschwelle rechter Schläger, die auch nicht mehr vor Minderjährigen halt machen, wie in Hagenow, wo ein Mann sich in einen harmlosen

Streit zwischen seinem Neffen und einem anderen Jungen einmischte. Er beschimpfte den Jungen rassistisch und würgte ihn so stark, dass er rot anlief und drohte ihm, ihn umzubringen. Passant*innen griffen ein und konnten so schlimmeres verhindern.

Und andererseits das Einsickern und die Normalisierung rassistischer Propaganda in den Familien, dass Kinder die Einstellung ihrer Eltern nicht nur mit sich herumtragen, sondern auch in die Tat umsetzen. So wurden in Goldberg drei Jungen aus einer syrischen Familie von anderen Kindern vor ihrem Wohnhaus beschimpft, bedroht und angegriffen. Als ihr Vater ihnen zu Hilfe kommen will, wird er von einem Vater der Kinder, die zuvor die drei Jungen attackierten, mit einem Elektroschockgerät angegriffen.

Regionale Verteilung

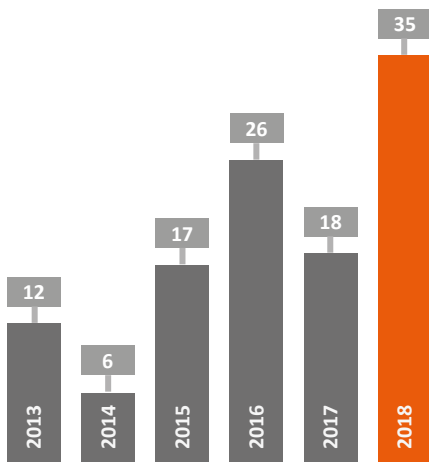


Mit dem dramatischen Anstieg rechter Angriffe in den vergangenen drei Jahren hat sich vor allem eine gleichmäßig hohe Verteilung über das gesamte Bundesland ergeben, in der Schwerpunkte nicht mehr auf den ersten Blick auszumachen waren. Orte kontinuierlicher rassistischer Mobilisierung und rechter Organisation hatten zwar eine besondere Zunahme rechter Gewalt zu verzeichnen, wie sich am Beispiel Stralsund gut veranschaulichen ließ, stachen jedoch insgesamt nur wenig heraus. Dieser Trend lässt sich für das Jahr 2018 nur noch eingeschränkt feststellen. Insbesondere die Hansestadt Rostock fällt mit einer extrem hohen Zahl registrierter rechter Gewalttaten ins Auge.

Dennoch fallen die Städte Stralsund und Neubrandenburg mit 9 bzw. 6 Angriffen weiterhin durch höhere Angriffszahlen auf.

In anderen Regionen wie den Landkreisen Ludwigslust-Parchim (3) und der Stadt Schwerin (2) muss ein Rückgang der durch die LOBBI registrierten Attacks verzeichnet werden, der jedoch nicht zwangsläufig einem tatsächlichen Rückgang der Gewalt entsprechen muss. Immer wieder stellt die LOBBI fest, dass die Mitarbeiter*innen in Orten in denen gute Netzwerkkontakte bestehen von weiteren Angriffen erfahren, die die Berater*innen über andere Zugänge nicht erreichen. Dies betrifft insbesondere Angriffe die nicht bei der Polizei angezeigt wurden. Vielerorts sind diese Netzwerke nicht mehr vorhanden oder die Protagonist*innen haben sich zurückgezogen.

Rostock: Kontinuierliche Präsenz rassistischer Argumentation



Entwicklung Angriffszahlen Hansestadt Rostock

Die immense Zunahme rechter Gewalttaten in der Hansestadt Rostock verlangt Erklärungen – dafür gibt es mehrere Ansätze. Zum einen sind Ballungsräume, zu denen in Mecklenburg-Vorpommern letztlich mindestens alle Kreisstädte zählen, immer auch Ballungsgebiete in Bezug auf Kriminalität allgemein und rechte Organisation (in Konsequenz Straftaten) im Speziellen.

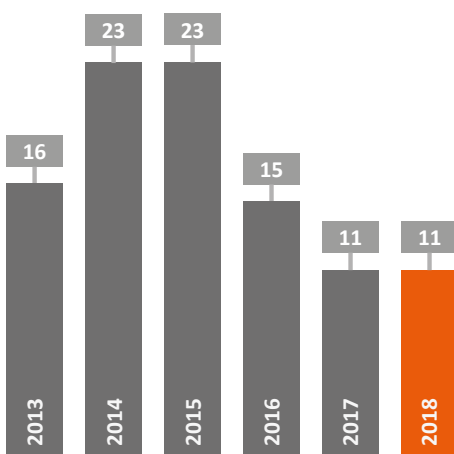
So gibt es in Rostock als größter Stadt des Bundeslandes auch eine aktive rechte Szene mit einer Vielzahl an Sympathisant*innen und entsprechender Drohkulisse.

Aufmärsche mit Beteiligung rassistischer Initiativen, Mitgliedern der »Identitären Bewegung« oder der Kameradschaftsszene, insbesondere organisiert durch die Partei Alternative für Deutschland (AfD), haben für eine dauerhafte Präsenz rassistischer Argumentationen in der öffentlichen Debatte gesorgt und als Events eine Re-Organisation der lokalen Kameradschaftsszene befördert.

Andererseits existiert in Rostock ebenso ein agiles Netzwerk aus Menschen, die sich rassistischen Diskursen und rechten Aktivitäten entgegen stellen, Aufmerksamkeit für rechte Gewalt selbst generieren oder einfordern (können) und der LOBBI bessere Zugänge zu (potenziell) Betroffenen geben, als es an anderen Orten der Fall ist. Daraus ergibt sich auch, dass insbesondere in Rostock registrierte Angriffe häufiger nicht zur Anzeige bei der Polizei gebracht wurden – weil die Betroffenen sich direkt oder über Vertrauenspersonen an die LOBBI gewandt haben, aber mitunter keine weitere Strafverfolgung wünschen.

Dies kann an schlechten Vorerfahrungen mit Strafverfolgungsbehörden (nicht nur in Deutschland) liegen oder an wenig Erwartungen hinsichtlich der Aufklärung. Häufig möchten die Betroffenen nach einem Angriff auch einfach möglichst schnell wieder zur Ruhe kommen oder haben andere, dringendere Problemlagen, bei denen sie Unterstützung benötigen. Die LOBBI berät dazu ergebnisoffen und erörtert gemeinsam mit den Betroffenen offene Fragen zum Thema Anzeigestellung und vermittelt ggf. an erfahrene Rechtsanwält*innen.

Vorpommern-Greifswald: Rückzug ins Dunkelfeld



Entwicklung Angriffszahlen Vorpommern-Greifswald

In mancher Hinsicht entgegen steht die Entwicklung im Kreis Vorpommern-Greifswald. In der gesamten Vereinsgeschichte Schwerpunktregion mit einer konstant hohen Angriffszahl, sind die Zahlen schon im Jahr 2017 mit elf registrierten Angriffen zurück gegangen und dies setzt sich auch 2018 (11) fort.

Es wäre wünschenswert, wenn dies einem tatsächlichen Rückgang rechter Gewalt entspräche - eine Analyse der Situation vor Ort und Schilderungen Betroffener legen jedoch andere Schlussfolgerungen näher.

Zum einen sind wirksame zivilgesellschaftliche Netzwerke, die für eine geraume Zeit und bis vor wenigen Jahren existiert haben, mittlerweile verschwunden oder die Protagonist*innen vor Ort sind weitestgehend auf sich allein gestellt – das Netzwerk an Melder*innen, die sensibilisiert sind, ist der LOBBI so in Teilen verloren gegangen. So liegt nahe, dass ein Teil des tatsächlichen Angriffsgeschehens im Verborgenen bleibt.

Hinzu kommt vielerorts eine Wagenburgmentalität bei Verantwortungsträger*innen und Medien, die rechte Netzwerke verharmlost oder gar vollständig leugnet. Die fehlende Präsenz rechter Schlägerbanden wird als ausreichend empfunden, weitergehende Auseinandersetzung mit hintergründiger agierenden Strukturen verweigert. Eine starke Verankerung rechter Strukturen und ihrer Ideologiefragmente im gesamten Landkreis – über die organisierte Szene und Anhänger*innen rechtspopulistischer Parteien hinaus – kann aufgrund der Wahlergebnisse in den vergangenen Jahren angenommen werden. In diesem Klima werden Menschen, die sich positionieren oder ihre Betroffenheit öffentlich machen, schnell zu Nestbeschmutzer*innen gemacht.

Andererseits stellt sich so die Frage, ob es die Neonazi-Szene im Landkreis überhaupt noch nötig hat, Gewalt anzuwenden, weil sie vielerorts schon über ausreichende Hegemonialräume verfügt. Es lässt sich vielmehr beobachten, dass sie unbehelligt Strukturaufbau betreiben kann und sich nicht selbst mit Aufmerksamkeit durch aggressives Agieren dabei stört.

Für Betroffene hat dies zur Folge, dass sie sich nach rechten Einschüchterungsversuchen oder gar Übergriffen lieber zurück ziehen, als ihre Erfahrungen mitzuteilen, da sie sich davon nicht viel versprechen. Doch nur so lässt sich die Wirkung derartig manifestierter rechter Strukturen, wie sie in Vorpommern-Greifswald existieren, sichtbar machen. Die LOBBI berät dazu auf Wunsch auch anonym – eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung.

Ausblick

Wie mehrfach angedeutet, stellen die vorgestellten Zahlen nur einen Ausschnitt der rechten Gewalt im Bundesland dar. Unabhängig davon geben sie unverändert Anlass zur Sorge und sollten eine klare Handlungsaufforderung sein. Rechte Gewalt und Diskriminierung, aber auch psychische Gewalt sind Akte der Ausgrenzung. Eine vielerorts spürbare Normalisierung diesbezüglich kann nicht hingenommen werden.

Die rassistische Stimmungsmache erreichte in 2018 zwar bei weitem nicht das Niveau der beiden Vorjahre – doch in Rostock beispielsweise, mit der AfD als Hauptprotagonistin, die sich trotz ihrer auch in Mecklenburg-Vorpommern nachgewiesenen Bezüge in die organisierte rechte Szene parlamentarisch und medial etabliert hat, wurde eine Atmosphäre aufrecht erhalten, die mit Blick auf die Kommunalwahlen besonders bedenklich erscheint.

Die Betroffenen der rechten Angriffe finden sich in einem alltäglichen Szenario aus Verunsicherung und Bedrohung wieder, dass ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur sehr eingeschränkt möglich ist. Die Rückdrängung rechter Hetze und Gewalt ist der erste Schritt, bevor ihr Vertrauen zurückgewonnen werden kann.